

**HESSISCHER LANDTAG**

23.05.2009

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
 die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
 Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) in der Fassung der
 Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
 Drucksache 18/409 zu Drucksache 18/281

Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 10 Allgemeine Bewilligungen Berufliche Bildung
 Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer 49
 lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Programme zur Erstausbildung

| | Veränderung | | |
|-----------------------------|-------------|-----------|----------|
| | von | um | auf |
| Beträge in 1.000 EUR | | | |
| Leistungsplan: | | | |
| Gesamtkosten | 21.700,0 | +10.000,0 | 31.700,0 |

Änderung der Leistungsplan-Erläuterungen (Förderproduktblatt):

Zu 7. Bewilligungsvolumen / Verpflichtungsermächtigungen:

Das Bewilligungsvolumen für das laufende Jahr wird von 2.700.000 Euro um 5.000.000 Euro auf 7.700.000 Euro angehoben.

Verpflichtungsermächtigungen:

Beträge in EUR

| Verpflichtungsermächtigungen | von | um | auf |
|---------------------------------|------------|------------|------------|
| Verpflichtungsermächtigung 2010 | 10.500.000 | +5.000.000 | 15.500.000 |
| Gesamtverpflichtung | 10.500.000 | +5.000.000 | 15.500.000 |

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

In Hessen stammt inzwischen mehr als die Hälfte aller Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz von Altbewerbern, also von Schulabgängerinnen und Schulabgängern früherer Jahre. 2007 hat deren Anteil an allen Bewerbern 56,2 Prozent erreicht und liegt damit über dem westdeutschen Durchschnitt von 51 Prozent. Gerade dieser Personenkreis ist auf spezielle Programme zur Erstausbildung angewiesen. Darüber hinaus zeichnet sich in der Krise eine Zunahme der Insolvenzen ab, weswegen auch die Mittel zur Förderung von Ausbildungsstellen für Auszubildende aus insolventen Unternehmen aufgestockt werden müssen.

Wiesbaden, 25.5.09

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir